



## B e g r ü n d u n g

zur 1. Änderung des Bebauungsplanes 155 für das  
Gebiet des Arbeitsamtes nördlich der Straße  
"Am Marienfriedhof"

### 1. Allgemeines

#### 1.1 Lage des Gebietes und Nutzung des Grundstückes

Der Geltungsbereich der 1. Änderung des Bebauungsplanes 155 erstreckt sich ausschließlich auf das zwischen der Straße Am Marienfriedhof und dem Marienfriedhof selbst gelegene Grundstück, auf dem das Arbeitsamt errichtet worden ist.

#### 1.2 Eigentumsverhältnisse

Das Grundstück gehört der Bundesanstalt für Arbeit.

#### 1.3 Begründung der Planung

##### 1.3.1 Ziel und Zweck der 1. Änderung

Um den fehlenden Raumbedarf des Arbeitsamtes zu decken, ist eine Erweiterung des Verwaltungsgebäudes dringend erforderlich.

Die Erweiterung kann jedoch nur auf dem eigenen Grundstück durchgeführt werden, da eine Ausdehnung in den Marienfriedhof wegen der zahlreichen wertvollen Bäume nicht möglich ist.

Die notwendige Erweiterung um etwa 3.900 m<sup>2</sup> Geschossfläche hat eine Erhöhung der im Bebauungsplan festgesetzten Geschossfläche von 9.800 m<sup>2</sup> auf 13.000 m<sup>2</sup> zur Folge, desgleichen eine Erhöhung der bebaubaren Fläche von 2.200 m<sup>2</sup> auf 2.750 m<sup>2</sup>.

Um diese Flächen auf dem Grundstück unterbringen zu können, muß der Haupterweiterungsbau 8 Geschosse erhalten.


Aus städtebaulichen Gründen kann die Anordnung dieses Erweiterungsbaues nicht an der Straße Am Marienfriedhof, sondern nur in Richtung Marienfriedhof vorgenommen werden, da diese erhebliche Gebäudekonzentration von der Grünfläche aus eher ertragen werden kann als unmittelbar an der Straßenkante.

Die bisher vorhandene Zuwegung des Marienfriedhofs von der Straße Am Marienfriedhof aus bleibt auch weiterhin der Öffentlichkeit erhalten.

2. Zahlenangaben entfallen.
3. Kosten entstehen der Stadt durch die Erweiterung des Arbeitsamtes nicht, nur durch die Verlegung der Fußwegeverbindung zwischen der Straße "Am Marienfriedhof" und dem Marienfriedhof in Höhe von 5.000,-- DM.
4. Bodenordnende Maßnahmen sind bis auf evtl. Eintragungen von Baulasten wegen verringerter Grenzabstände auf den benachbarten Grundstücken nicht erforderlich.

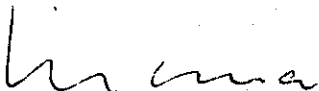
Der Entwurf dieser Begründung wurde ausgearbeitet vom Stadtplanungsamt Hildesheim.

Hildesheim, den 15.05.1986

Im Auftrage 

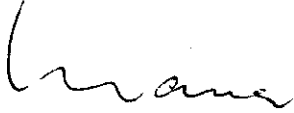
Der Rat der Stadt Hildesheim hat in seiner Sitzung am 30.06.1986 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr.155, 1.Ä. beschlossen. Der Aufstellungsbeschuß ist gemäß § 2 Abs. 1 BBauG am 22.10.1986 ortsüblich bekanntgemacht.

Hildesheim, den 25.11.1986

Im Auftrage 

Der Rat der Stadt Hildesheim hat in seiner Sitzung am 30.06.1986 die öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Nr.155, 1.Ä. gemäß § 2 a Abs. 6 BBauG beschlossen. Ort und Dauer der öffentlichen Auslegung wurden am 29.12.1986 ortsüblich bekanntgemacht. Der Entwurf der Begründung hat vom 07.01.1987 bis 06.02.1987 gemäß § 2 a Abs. 6 BBauG öffentlich ausgelegen.

Hildesheim, den 09.02.1987

Im Auftrage 

Diese Begründung des als Satzung beschlossenen Bebauungsplanes Nr. 155, 1.Ä. hat der Rat der Stadt Hildesheim am 30.03.1987 beschlossen.

Hildesheim, den 31.03.1987

  
Oberbürgermeister



  
Oberstadtdirektor